

**Sperrfrist: 04.09.2020 16.00**

## **Öffentliche Unternehmen – Risiken für den Staat reduzieren**

**Eine verstärkte Aufsicht ist für eine bessere Risikoabdeckung bei der Führung öffentlicher Unternehmen unerlässlich, so die Botschaft der Finanzkontrollen der Kantone und des Bundes. An ihrer Jahreskonferenz machten sie deutlich, welche Risiken die Governance-Richtlinien und die Steuerungsinstrumente der Regierungen bergen.**

Die Führung öffentlicher Unternehmen («Public Corporate Governance») bildete den Schwerpunkt der Arbeiten anlässlich der Schweizerischen Konferenz der Finanzkontrollen vom 3. und 4. September 2020. Jedes Jahr vereint diese Konferenz die Finanzaufsichtsinstrumente von Bund, Kantonen und grossen Schweizer Städten. Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung sowie staatsnaher Unternehmen nahmen ebenfalls an den Gesprächen teil.

Die Post, die Universität Basel, der Flughafen Genf, die Tessiner Elektrizitätswerke oder die Abraxas Informatik AG in St. Gallen sind Beispiele öffentlich- oder privatrechtlicher Organisationen im vollständigen oder teilweisen Eigentum der öffentlichen Hand. Die Finanzkontrollen prüfen solche Einheiten und tragen damit zu einer verbesserten Führung und einer erhöhten Transparenz der Staatsbeteiligungen bei. Die Prüfungen sichern eine zeitgemässe Aufsicht durch die Regierungen und stärken die Oberaufsicht durch die Parlamente.

Die Finanzkontrollen sehen zwei Hauptrisikogruppen. Die erste betrifft fehlende oder mangelhafte Governance-Richtlinien sowie deren ungenügende Umsetzung. Diese Richtlinien sollten ein strukturiertes Vorgehen für die Auslagerung von Staatsaufgaben und die regelmässige Überprüfung dieser Aufgaben bieten. Sie regeln insbesondere auch die Trennung der verschiedenen Rollen der öffentlichen Akteure (Subventionsgeber, Bürge, Eigner, Besteller oder Regulator) sowie die Kaderlöhne in öffentlichen Unternehmen.

Die zweite Risikogruppe umfasst die Steuerungsinstrumente, die manchmal nicht vorhanden sind oder nicht optimal funktionieren. Sie betreffen besonders den Verwaltungsrat, die strategischen Ziele der Regierungen sowie deren Aufsicht. So sollte beispielsweise ein präzises Anforderungsprofil für den Verwaltungsrat erstellt, der Verwaltungsrat entpolitisiert und die Mitgliederzahl begrenzt werden.

Die strategischen Ziele der Regierungen wiederum sind schwerpunktmässig auf die zu erwartenden Leistungen auszurichten, welche regelmässig neu zu beurteilen sind. Anforderungen an eine transparente Rechnungslegung sind erforderlich, um zu vermeiden, dass Querfinanzierungen den freien Wettbewerb verzerren oder zur Zahlung von Subventionen führen, die wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind.

Die Umsetzung der Governance-Richtlinien und die Stärkung der den Regierungen zur Verfügung stehenden Kontrollinstrumente tragen dazu bei, die Risiken für den Staat zu begrenzen. Häufigere Prüfungen der Obersten Rechnungskontrollbehörden zu diesem Thema bringen nicht nur den öffentlichen Unternehmen, sondern auch den Regierungen, Parlamenten und Steuerzahlern einen Mehrwert.

Kontakt: Philippe Richard, Generalsekretär der KFIKO